

Israel zwischen Krieg und Frieden

Autor(en): **Waldner, Liliane**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339159>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Israel zwischen Krieg und Frieden

Kürzlich weilte eine Delegation von schweizerischen Jusos etwa 14 Tage lang in Israel, um sich dort — betreut von der Jugendorganisation der MAPAI — über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in dem konfliktgeladenen Gastland orientieren zu lassen. Teilnehmerin der genannten Delegation war auch Liliane Waldner, die sich ein selbständiges Urteil zu bilden versuchte. Dieses unterscheidet sich denn auch wesentlich von dem, was «Infrarot» (Organ der Jusos) über das Ergebnis des nahöstlichen Augenscheins zu berichten wusste. R. L.

Als die UNO-Vollversammlung am 10. November 1975 in einer Resolution den Zionismus als eine Art des Rassismus verurteilte, war die Empörung in demokratisch gesinnten Kreisen des Westens allgemein. Die Haltung Israels ist allerdings seit dem Jom-Kipour-Krieg auch in Kreisen von Jungsozialisten nicht mehr unbestritten. Eine Vorbemerkung zum «Zionismus» drängt sich mir deshalb auf.

Anlässlich unseres Besuches in der Parteihochschule der israelischen Arbeiterpartei «Beit Berl College» wurden wir über den Zionismus aufgeklärt. Die zionistische Bewegung ist eine Befreiungsbewegung mit dem Ziel, das Volk der Juden aus der Diaspora in die Heimat zurückzuführen. Der Zionismus wandelte sich erst im 19. Jahrhundert zu einer politischen Bewegung, weil sich erst unter den Bedingungen dieses Jahrhunderts das Bewusstsein der jüdischen Nation erneuerte. Das Wesen des Zionismus liegt in dem Selbstverständnis des Judentums nicht nur als einer Religion, sondern auch als einer Nation. Der moderne Zionismus kann nur in der Form des demokratischen Sozialismus bestehen. Israel ist ein demokratischer Staat, der *nur* auf sozialistischen Grundlagen entstehen konnte. Seine Existenz erklärt sich aus historischen und ethnologischen Gründen. Die Forderungen der Araber nach einem unabhängigen Staat in Palästina entbehren eines historischen Präzedenzfalles. Bis zum Jahre 70 n. Z. galt Palästina – wie seit über tausend Jahren – allgemein als das Land der Juden. – An die Araber fiel Palästina 634 und blieb rund vierhundert Jahre unter der Herrschaft der Kalifen, ehe es von den Kreuzfahrern und im 16. Jahrhundert von den osmanischen Türken erobert wurde (1). Von den Gegnern Israels wird behauptet, die historischen Tatsachen seien keine Grundlage für die Daseinsberechtigung Israels, da zum Beispiel Spanien ebenso Anspruch auf Mexiko stellen könnte und Rom wieder in Nordafrika einmarschieren dürfte. Dieser willkürliche Vergleich hinkt: Spanien und Rom waren Eroberer und besitzen darum keinen Anspruch auf verlorene Untertanengebiete, während das jüdische Volk gewaltsam entwurzelt und vertrieben wurde, worauf es seine Kultur in der Diaspora weiterpflegte und schliesslich in seine angestammte Heimstätte zurückkehrte.

Das palästinensische Problem

Das palästinensische Problem entstand aus der Weigerung der Araber, den Beschluss der Teilung Palästinas anzuerkennen. Alle nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen wurden durch die arabischen Führer provoziert und verliefen für die Araber ungünstig, was jedesmal unsägliches Flüchtlingselend hervorrief. Die Araber kultivierten darauf eine palästinensische Identität, der im Jahre 1964 mit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) formeller Charakter verliehen wurde. Die PLO wurde von arabischen Herrschern und Diktatoren aus der Taufe gehoben und dem palästinensischen Volke mit finanzieller und propagandistischer Hilfe eingepflanzt. Die PLO war somit nicht das Ergebnis einer Volksbewegung, und deren Legitimation als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes wird von Israel nicht zu Unrecht angezweifelt. Im übrigen bringen viele Palästinenser in Jordanien und in den von Israel besetzten Gebieten starke Vorbehalte gegenüber der PLO an. Dass die PLO auf diplomatischem Parkett trotzdem zu einigem Renommée gelangt ist, verdankt sie dem Einsatz der arabischen Erdölwaffe und dem Erstarren der wirtschaftlichen Position der arabischen Ölförderländer.

Die PLO wurde von den arabischen Diktatoren wiederholt als Werkzeug benutzt, um innerarabische Konflikte zu lösen. Das jüngste Beispiel ist der Bürgerkrieg im Libanon, den die Syrer durch die schleichende Annektion des maronitischen Staates mittels der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLO), zu lösen versuchen. Die Syrer haben ihren Anspruch auf den Libanon nie aufgegeben.

Ein grundsätzlicher Aspekt des Konfliktes

Der Konflikt mit Israel ist der einzige einigende Faktor unter der aus 19 Staaten bestehenden arabischen Nation. Die Araber ringen selbst um ein nationales Bewusstsein. Schlagworte wie «arabischer Sozialismus» verhüllen lediglich krasse, soziale Gegensätze und diktatorische Herrschaft einer kleinen Elite. «Der arabische Sozialismus ägyptischer, tunesischer, syrischer und libyscher Spielart wird von oben bestimmt und hierarchisch praktiziert, ohne die Teilnahme der Massen oder gar deren Autonomie zuzulassen. – Daran zeigt sich, wie sehr der islamische Sozialismus nur die kleinbürgerliche Fortsetzung des arabischen Nationalismus ist» (2). Der arabische Nationalismus befindet sich in der Sackgasse des Chauvinismus und Rassismus (2). Das von den Arabern zum grossen Teil verschuldete Leid der palästinensischen Flüchtlinge dient grössenwahnsinnigen Herrschern als Alibi für ihre Kriegshetze und machtpolitischen Vorhaben. Sobald die Palästinenser ihnen lästig oder gefährlich werden, vertreiben sie die Flüchtlinge rücksichtslos (September 1970 in Jordanien). Nach dem Jom-Kippur-Krieg nutzten die arabischen Ölmagnaten die Kriegsstimmung, um die Erdölpreise bei gleichzeitiger Drosselung der Förderung massiv

zu erhöhen und israelfreundliche Länder mit totalem Boykott zu erpressen. Die gewaltigen Einnahmen durch die Erdölförderung benutzten die Araber nicht, um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern, die Flüchtlinge in ihren Staaten zu integrieren, obwohl ihnen dies angesichts der riesigen Landflächen ein leichtes gewesen wäre. Der Nahostkonflikt ist ein gigantischer Kampf um militärische, politische und wirtschaftliche Vorteile, bei dem die Palästinenser für die beteiligten Regional- und Supermächte nur Schachfiguren sind und Israel ein willkommener Prügelknabe darstellt.

Hat der Frieden eine Chance?

Die von der Welt hoffnungsvoll erwartete Nahostdebatte im UNO-Sicherheitsrat, die im Januar stattfand, brachte keine Ergebnisse, da die Araber ihre Forderungen zu hoch schraubten und keine Garantien für Israel abgaben. Besonnene Araber (Ägypten) und zwei politische Parteien in Israel (die MAPAM «marxistische Zionisten» und die Rakah «Moskaukommunisten») sehen die Lösung in einem Palästinenserstaat auf der Westbank und im Gaza-Streifen. Eine Mehrheit in Israel würde einer Konföderation zwischen Cis- und Transjordanien nach den Vorstellungen König Husseins den Vorzug geben. Die palästinensischen Führer betrachten solche Vorschläge jedoch höchstens als Übergangslösung oder Verbesserung ihrer Operationsbasis im Kampf gegen Israel. Sie sind nicht bereit, die UNO-Resolution 242 oder Israel anzuerkennen und erachten die Eroberung Israels nach wie vor als Hauptziel. Ein demokratisches Palästina ist nichts als ein Schlagwort für taktische und propagandistische Zwecke. Der Hauptzweck: Den Eindruck zu erwecken, dass man nicht die Juden ins Meer treiben wolle, sondern lediglich den Staat Israel eliminieren und einen neuen Staat an seiner Stelle zu gründen beabsichtige. Die meisten Juden im Staate würden dorthin zurückgehen müssen, wo sie hergekommen sind. Der neue Staat wäre ein arabisch-palästinensischer und nicht ein bi-nationaler Staat (3). Die PLO-Führer finden in ihren Bestrebungen im syrischen Staatschef Assad einen einflussreichen Protektor: «Palästina ist ein ausschlaggebender Teil Südsyriens, und es ist unser Recht und unsere Pflicht, darauf zu bestehen, dass es wieder ein Teil unserer befreiten arabischen Heimat und Syriens wird (4). Das Ziel der arabischen Scharfmacher ist kein neuer Staat Palästina, sondern die Einigung der arabischen Nation auf Kosten Israels. Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Flüchtlinge ist gerechtfertigt. Doch es ist schwer zu verstehen, was einige Mitglieder der arabischen Liga darunter verstehen, da dieses Recht im Falle von Spanisch-Sahara ausgerechnet von zwei arabischen Staaten mit Füßen getreten wird. Höchst bedenklich ist die Tatsache, dass die arabischen Führer die Gesinnung ihrer Jugend mit Schulbuchttexten verseuchen wollen, wie zum Beispiel in Jordanien: «Israel was born to die. Prove it!», oder in Syrien: «We shall

expel all the Jews from the Arab countries» (5). Die Vorsicht der israelischen Regierung ist begründet, solange die arabischen Strategen offensichtlich ein doppeltes Spiel treiben.

Die Kissinger'sche Überkleisterung des Konfliktes mit US-Dollars und Lieferung teurer Waffensysteme an die loyalen Klienten muss kritisch betrachtet werden. Das zweite Sinai-Abkommen zwischen Israel und Ägypten im Sommer 1975 sei nur zustande gekommen, weil ein vom CIA angestifteter, saudiarabischer Prinz, der seine Studien in den USA absolvierte und pro-amerikanisch gesinnt war, König Faisal von Saudiarabien ermordet hätte, meinte der Schweizer Arabien-Experte Ahmed Huber in vertraulichem Gespräch. Diese Methoden könnten eines Tages auf den Urheber zurückschlagen.

Die Chance eines dauerhaften Friedens wäre ein *demokratisch orientiertes Arabien*. Wenn das noch unmündig gehaltene arabische Volk selbst über seine Geschicke bestimmen dürfte und gegen die demagogischen Hetzkampagnen seiner Herrscher immun wäre, könnte es gewiss mit Israel den Weg zu einem gemeinsamen und gerechten Frieden beschreiten. Der Vorsitzende der SPD und ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt tat mit der Einladung ägyptischer und israelischer *Sozialdemokraten* an den SPD-Parteitag 1975 einen symbolischen, aber zukunftsweisenden Schritt in diese Richtung. Willy Brandt zeigte den demokratischen Kräften in Westeuropa eine Möglichkeit, sich für eine Friedensvermittlung im Nahost-Konflikt zu engagieren, die langfristig gesehen, Erfolg haben dürfte. Die politische und wirtschaftliche Zukunft Westeuropas hängt davon ab, ob diese Zeitbombe vor seiner Haustür entschärft werden kann.

¹ Abba Eban: Dies ist mein Volk

² Walter Holenstein: Kein Frieden um Israel

³ Aus einer Diskussion zwischen der PLO und Untergruppen in Beirut, die am 8. und 15. März 1970 in der libanesischen Zeitung Al-Anwar veröffentlicht wurde

⁴ Israelische Informationszentrale, Jerusalem: Aspekte des palästinensischen Problems

⁵ Ministry for Foreign Affairs, Informations Division, Jerusalem: Extracts from Arab School Texts